

Gefahr für Arbeitnehmer, Zulieferer und Kreditgläubiger

Zombies in der Krise

Niedriglöhne ermöglichen die Beschäftigung von Ungelernten oder Fehlqualifizierten. Der deutsche Sozialstaat stockt die geringen Einkommen auf. In Corona-Zeiten wird dieses Modell jedoch auf Firmen und Selbständige übertragen. Der Null-/Niedrigzins hat Unternehmen überleben lassen, die kaum ihre Kapitalkosten erwirtschaftet haben. Es blieb wenig Gewinn zur Aufstockung der Eigenkapitalpuffer. Die Folgen zeigt die Corona-Krise. Mit Bürgschaften, Kredit- und Eigenkapitalhilfen sowie Soforthilfen für Selbständige, Freiberufler und Kleinbetriebe muß der Staat über die Krise retten. Die vorübergehende Aussetzung der Insolvenz-antragspflicht wurde bis 31. Januar verlängert.

Die Gefahren sind offensichtlich. Denn Insolvenzen sind ein Mechanismus, um Unternehmen ohne ein tragfähiges Geschäftsmodell entweder zu schließen oder zu sanieren. Nur so werden Arbeitnehmer, Zulieferer und Kreditgläubiger vor größeren Ausfällen geschützt. Für 2020 verzeichnet der Verband der Vereine Creditreform trotz Konjunkturreinbruchs gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Firmeninsolvenzen von 18.830 auf 16.300 (minus 13,4 Prozent). Statistisch gesehen hätten damit bereits bei unveränderter Konjunktur weitere etwa 2.500 Firmen Insolvenz anmelden müssen. Diese und weitere coronabedingte Ausfälle drohen nach dem Auslaufen der Hilfen eine Insolvenzwellen auszulösen, die auch gesunde Unternehmen mitreißen könnte.

VON
DIRK MEYER

»Nullzins, Corona-Hilfen und aufgeschobene Insolvenzen zehren die Wirtschaft aus.«

Diese „untoten“ oder „Zombie-Unternehmen“ erschweren den Neustart und verschleppen den notwendigen Strukturwandel, indem sie Kapital und Arbeitskräfte binden, die in gesunden Unternehmen produktiver eingesetzt werden könnten. Ein ähnliches Bild liefern die Verbraucherinsolvenzen, die von 62.810 auf 45.800 (minus 27,1 Prozent) zurückgingen. Sie wurden durch Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld sowie einer befristeten Stundung von Kredittilgungen und Mietschulden geschützt. Bundesbank, die Finanzaufsicht BaFin und die EZB warnen deshalb vor erhöhten Kreditausfällen, die die Stabilität des Bankensektors gefährden könnten.

Was sollte man zukünftig anders machen? Um die Spreu vom Weizen zu trennen, wären Gewinne der Vorjahre ein Indikator für die längerfristige Rentabilität. Deshalb sollte der bereits von einer auf fünf Millionen Euro erhöhte Verlustrücktrag erstens nochmals erhöht werden und zweitens nicht nur für das Vor-

jahr, sondern für zwei oder mehrere Jahre gelten. So kämen auch größere Unternehmen in den Genuß dieser Erleichterung und Steuern könnten über mehrere Jahre zurückgeholt werden. Alternativ könnten die Hilfen an die Einhaltung vorjähriger betriebswirtschaftlicher Kennzahlen geknüpft werden, die von der Wirtschaftsprüfung zu bestätigen wären.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Klimastiftung soll Erdgaspipeline Nord Stream 2 retten

Ein Taschenspielertrick

Von Albrecht Rothacher

Die Erdgaspipeline Nord Stream 2 droht an US-Sanktionen zu scheitern. Die vom Landtag in Schwerin beschlossene „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ soll die Rettung bringen – ausgestattet mit 200.000 Euro von Mecklenburg-Vorpommern und 20 Millionen Euro von der Nord Stream AG könnte sie auch als gemeinnütziger Zwischenhändler zwischen den sanktionsbedrohten Nord-Stream-Lieferern und Dienstleistern sowie dem Verladehafen Mukran auf Rügen fungieren. Bis man den Energiebedarf „auf der Basis von Wasserstoff oder mittels Kernfusion gänzlich decken“ könne, brauche man Erdgas, erklärte Dietmar Eifler (CDU), Chef des Wirtschaftsausschusses.

Dieser Taschenspielertrick ist einerseits verständlich: Nur noch 150 Kilometer fehlen für die Fertigstellung der 1.222 Kilometer langen Ostseepipeline von Wyborg (Rußland) bis Greifswald (JF 39/20). Angela Merkel und EU-Kommissarin Ursula von der Leyen rührten bislang keinen Finger gegen die illegalen extraterri-

torialen US-Sanktionen. Andererseits ist die Idee hoffnungslos naiv. „Nice try“ werden die Amerikaner sagen. Bislang war der Senat innenpolitisch abgelenkt. Aber bald wird sich auch die MV-Stiftung auf der nächsten US-Sanktionsliste wiederfinden. Allein das Protestgeschrei der Grünen und der Umweltvereine („Mogelstiftung“, „Etikettenschwindel“) sowie der Leitmedien („Lüggengebäude“) dürfte in Washington unüberhörbar gewesen sein. Für dumme verkaufen lassen sich US-Senatoren selten.

Zudem ist die Gasnachfrage in Europa in der Corona-Krise massiv eingebrochen. Der Gazprom-Konzern, die Gelddruckmaschine für Wladimir Putin, seine Kreml-Kamarilla und ihre teuren Projekte, erleidet daher schwere Verluste. Gleichzeitig treibt der wachsende Bedarf in China, Südkorea und Taiwan die Nachfrage für US-Flüssiggas in die Höhe. Man mag der Schweriner Stiftungsidee durchaus Erfolg wünschen, aber sie ist als politisch ungedeckter Alleingang hoffnungslos dilettantisch.



20-Mark-Goldmünze der Reichsbank und 1-Euro-Münze der EZB: Der Goldpreis hat sich seit 2002 verfünffacht

Goldstandard statt Euro-Schuldensumpf

Währungspolitik: Die Mark des Kaiserreiches war bis 1914 das beste Geld, das Deutschland je hatte

BRUNO BANDULET

Vor 50 Jahren gab SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller den Wechselkurs der D-Mark endgültig frei. Bis auf die Jahre 1981 bis 1985 gab es fast regelmäßige Aufwertungen zum Dollar oder dem Pfund. Aus dem Vier-Mark-Festkurs zu Zeiten der Dollar-Goldbindung wurden bis 1995 1,43 D-Mark pro Dollar. Die Bundesbank gab das „Hartgeld“ unter den ungedeckten Papierwährungen heraus. Mit der Euro-Einführung kam dann die Zäsur.

Am besten läßt sich die Misere der Währungsunion am Goldpreis ablesen – er hat sich seitdem verfünffacht: von 308 Euro (2. Januar 2002) auf 1.521 Euro pro Unze am 8. Januar 2021. Und mit der Währungsunion kamen zusätzliche Gefahren: Von 2010 bis Ende Dezember 2020 stiegen die Forderungen der Bundesbank aus dem Target-2-Zahlungsverkehrssystem von 200 auf 1.136 Milliarden Euro. Sprich: Den Defizitländern Italien, Spanien, Griechenland und Portugal wurden für Importe oder Auslandsinvestitionen „Ersatzkredite“ aus den nationalen „Druckerpressen“ des Eurosystems (Hans-Werner Sinn) gewährt.

Weder „Euro-Rettung“ noch Käufe von Staatsanleihen

Doch es gab eine Zeit, in der „Euro-Rettung“, Käufe von Staatsanleihen durch die Notenbank, maßlose Überschuldung undenkbar und Inflation oder Minuszinsen ein Fremdwort war: die Epoche des Goldstandards, eine rechtsstaatliche Geldverfassung als Grundlage und Voraussetzung des ersten deutschen Wirtschaftswunders, das mit dem Ersten Weltkrieg 1914 jäh endete. Zeitweise fielen die Preise, zeitweise stiegen sie wie nach der Jahrhundertwende. Langfristig aber blieb die Kaufkraft konstant. 1913

lag der Index der Großhandelspreise in Deutschland auf demselben Niveau wie in der Mitte der fünfziger Jahre des vorerigen Jahrhunderts.

Weil die Zinsen real und nominal positiv blieben, lohnte das Sparen. 1870 rentierten festverzinsliche Wertpapiere mit 4,61 Prozent, 1913 mit 4,09 Prozent. Wohlhabende Rentiers konnten von ihren Anleihen gut leben. Wenn eine Zinszahlung fällig war, nahmen sie die Schere zur Hand, schnitten einen Coupon vom Bogen ab und lösten ihn ein. Das Forderungsrecht aus den Coupons verjährte nach vier Jahren, in Bayern nach fünf. Ein grundsolides System, das auf einer sehr einfachen Definition von Geld beruhte – Geld nicht als Forderung, sondern als Ware, nachzulesen in Herders Konversations-Lexikon von 1905. Gemeint waren: Gold und Silber.

1871 kursierte im neu gegründeten Deutschen Reich nach plausiblen Schätzungen Metallgeld im Wert von knapp zwei Milliarden Mark, davon 82 Prozent in in- und ausländischen Silbermünzen. Zwölf Prozent waren ausländische und nur vier Prozent in Deutschland geprägte Goldmünzen. In Norddeutschland wurde vorzugsweise mit dem silbernen Taler gezahlt, der mit unterschiedlichen Feingehalten umlief, im Süden mit dem silbernen Gulden und in Bremen mit dem Goldtaler, der 1,2 Gramm Gold enthielt. Der Währungswirrwarr brachte es mit sich, daß größere Rechnungen oft mit einem Sammelsurium von Münzen bezahlt wurden, was zum Streit zwischen den Vertragsparteien führen konnte.

Das Münzgesetz vom 4. Dezember 1871 machte den ersten Schritt hin zu einer reinen Goldwährung. Beschlossen wurde die Ausprägung von Reichsgoldmünzen zu zehn und zwanzig Mark mit einem Mischungsverhältnis von 900 Teilen Gold und 100 Teilen Kupfer. Silbermünzen sollten „bis auf weiteres“ nicht mehr geprägt werden, wurden aber weiterhin benutzt. Bereits das Münz-

gesetz von 1873 beendete de jure den Bimetallismus und führte Scheidemünzen ein, deren Materialwert unter dem Nennwert lag: Kupfermünzen zu ein und zwei Pfennig, Nickelmünzen zu fünf und zehn Pfennig und Silbermünzen zu 20 und 50 Pfennig und zu ein, zwei und fünf Mark. Erst das Münzgesetz von 1909 erklärte die Goldwährung als vollständig eingeführt.

Handelsbilanzdefizite in Gold ausgleichen

Die Geldverfassung des Kaiserreiches funktionierte so, daß die auf Mark lautende Reichswährung bis 1875 von allen Bundesstaaten, zuletzt vom Königreich Bayern, nach und nach eingeführt wurde. Banknoten galten, anders als Goldmünzen, nicht als Bargeld. Sie mußten – allerdings nicht zu hundert Prozent – durch Gold gedeckt sein. Sie konnten in Gold eingelöst werden. Die Reichsbank, die am 1. Januar 1876 ihre Arbeit aufnahm, war zudem jederzeit bereit, Barrengold zum festen Preis von 1.392 Mark je Pfund anzukaufen und dafür Banknoten herauszugeben.

So wurde Geld durch Übertragung realen Eigentums geschaffen, und die Bilanz der Reichsbank blieb sauber und solide. Dabei war sie nicht einmal unabhängig. Sie war dem Reichskanzler unterstellt. Nur wäre es Otto von Bismarck nicht im Traum eingefallen, die Reichsbank zur Staatsfinanzierung zu mißbrauchen. Die EZB hingegen ist zwar wie die Bundesbank formal unabhängig, in Wirklichkeit aber längst durch und durch politisiert.

England, das den Goldstandard offiziell 1717 und offiziell 1816 eingeführt hatte, fungierte vor 145 Jahren als Vorbild. Nicht nur zwischen Mark und Pfund auch zwischen den anderen Goldwährungsländern bestanden feste Wechselkurse. Defizite in der Handelsbilanz mußten auf Verlangen in Gold

ausgeglichen werden. Übermäßige Auslandsverschuldung war damit ebenso ausgeschlossen wie ausufernde Defizite der Staatshaushalte. Daß die Goldeinlösungspflicht 1914 von allen kriegführenden Parteien ausgesetzt wurde, war insofern unvermeidlich. Mit dem Goldstandard wäre der Waffengang nur ein paar Monate lang finanzierbar gewesen.

Banknoten konnten sich nie richtig durchsetzen. Ihr Umlauf blieb immer hinter dem von Gold und Silber zurück, und noch 1913 lagen Banknoten und Goldmünzen gleichauf. Nach Kriegsausbruch gaben patriotische Deutsche Gold für Eisen, um die Rüstung zu finanzieren, auch in der Erwartung, daß nach dem Sieg der Goldstandard zurückkehren würde. Doch stattdessen wurde das Papiergeld, das sie für ihr Gold erhalten hatten, 1923 wertlos. Es lohnte sich, die 20-Mark-Münze Wilhelm II. mit der Randschrift „Gott mit uns“ nicht aus der Hand zu geben: Sie kostete bei Degussa Goldhandel zuletzt 390 Euro und damit das 38fache.

Was bleibt, ist ein Rückblick mit leiser Nostalgie und dem Gefühl eines ungeheuren Verlustes: statt Goldmark Euro, statt finanzieller Freiheit finanzielle Repression, statt Haftung für die eigenen Schulden organisierte Verantwortunglosigkeit, statt monetärer Souveränität ein Euro-Schuldensumpf, wo die einen in die Taschen der anderen greifen. Anders als der Goldstandard, der in einem sinnlosen Krieg unterging, ist der Euro eine Währung mit eingebautem Selbstzerstörungsmechanismus. Jede Zeit hat eben das Geld, das sie verdient. Auch eine Währung lebt von moralischen und kulturellen Voraussetzungen, die sie nicht selbst schaffen kann.

Dr. Bruno Bandulet war Chef vom Dienst der Welt und Herausgeber des Börsenbriefs Gold & Money Intelligence. Der Euro-Kritiker und Buchautor ist Herausgeber des Deutschland-Briefs.

jf.de/tv

Karlheinz Weißmann

Ansprache: 150 Jahre deutscher Nationalstaat

Am 18. Januar 1871 wurde das Deutsche Reich gegründet. Wir feiern damit 150 Jahre Gründung des deutschen Nationalstaates, auf dessen Fundament die Bundesrepublik Deutschland steht. Der Historiker Karlheinz Weißmann hält dazu bei JF-TV eine Rede, in der er auch die beschämende Nichtwürdigung dieses besonderen Jubiläums durch die Regierung und die Repräsentanten unseres Staates anklagt.